

Berichte aus Stadt und Kanton Zürich



1. Hälfte Mai 2021

3. Mai

Der 1. Mai wurde in Zürich hauptsächlich virtuell abgehalten. Am Morgen versuchen die Gewerkschaften etwas Leben zu bringen. An 5 verschiedenen Orten hielten sie Kleinkundgebungen von jeweils höchstens 100 Personen ab. 3 Nationalrät*innen hielten Ansprachen. Am Nachmittag gab es die übliche, unbewilligte «Nach»Demo, an der über 1000 Personen teilnahmen. Die Polizei reagierte mit Gummischrot und einem Kessel. 674 Personen wurden kontrolliert und verzeigt. Zusätzlich erhielten sie eine Wegweisung von der Stadt Zürich für 24 Stunden, unabhängig davon, ob sie in Zürich wohnhaft sind. Schäden sind keine zu verzeichnen. Vier Personen wurden verhaftet, zwei davon bald wieder frei gelassen. Zwei Personen wurden der Staatsanwaltschaft zugeführt, wegen Gewalt und Drohung gegen Beamte. Selbst der Presseausweis schützt nicht mehr vor Verzeigung und Wegweisung. Ein Journalist geriet in den Kessel und wurde prompt weggewiesen. Es lebe die Pressefreiheit!

Auf der Website des Revolutionären Aufbaus wurde ein Bekennerschreiben veröffentlicht, das einen Anschlag auf eine rechtsgerichtete türkische Organisation ankündigte. Gemäss Polizei wurde allerdings der anvisierte Briefkasten in Rümlang nicht gesprengt, da der Sprengkopf versagte.

4. Mai

In der kantonsrätlichen Kommission wird der neue Aktionärsvertrag der AXPO behandelt. Die AXPO, sie hiesse früher «Nordostschweizerische Kraftwerke» (NOK), ist das grösste Energieunternehmen der Schweiz. Neben diversen Wasserkraftwerken gehören ihr die Atomkraftwerke Beznau I und II, sowie Anteile an Gösgen und Leibstadt. Die AXPO ist (noch!) zu 100% im Besitz der öffentlichen Hand. Besitzer sind 9 Kantone und vier Elektrizitätswerke. Der Kanton Zürich und die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) besitzen je 18%. Zürich ist also grösster Aktionär. Rechtsgrundlage ist ein Gründungsvertrag aus dem Jahre 1914, der heute zum grössten Teil überholt und nicht mehr anwendbar ist. Im stillen Kämmerlein wurde ein neuer Aktionärsvertrag der AXPO ausgehandelt und zwar nicht etwa durch den Verwaltungsrat, nein, durch ein offiziell gar nicht existierendes Gremium, dem sogenannten «politischen Gremium». Der Verwaltungsrat der AXPO wurde nämlich «professionalisiert», das heisst, dem Gremium gehören keine amtierende Regierungsräte mehr an. Professionalisieren heisst, politisch legitimierte Volksvertreter werden durch Exponenten der Wirtschaft ersetzt. So will es die neoliberale Doktrin! Weils aber eben nicht immer funktioniert, muss dann halt ein «politisches Gremium» eingeführt werden. Der ausgehandelte Aktionärsbildungsvertrag sieht zwar nach Inkrafttreten eine Sperrfrist von fünf Jahren für den Verkauf von AXPO-Aktien vor. Danach dürfen Dritte, auch Private, Beteiligungen erwerben, solange die Mehrheit in öffentlicher Hand bleibt. Die ebenfalls zum Vertrag gehörige «Eignerstrategie» soll nach acht Jahren auslaufen, ohne dass eine Nachfolgeregelung zwingend gesichert sein muss. Dann könnten also auch Teile der AXPO in ausländische Hände geraten. Dieser Aktionärsvertrag soll nun also vom Kantonsrat genehmigt werden. Die SVP ist gegen den Vertrag, da sie das Gespenst einer ausländischen (sprich: chinesischen) Beteiligung sieht, die SP ist dagegen, da sie den Verkauf an Private verhindern will. Zusammen haben SP und SVP 80 Stimmen von 180. Auch die Mitte (ex CVP) und die EVP neigen zu einem Nein. Es wird spannend werden. Nun, Energiepolitik sollte eigentlich eine zentralstaatliche Aufgabe sein. Die AXPO und die übrigen Energieunternehmen, wie Alpiq und BKW, gehören verstaatlicht!

Da wir ja sonst keine Probleme haben, können wir uns wenigstens eine eigentliche Justizposse leisten. Im Rahmen der «Zürcher Ballade» im Jahre 1960, also vor 71 Jahren, wurde ein Lied gegeben mit dem Titel «Mis Dach isch de Himmel vo Züri», ein Lied mit viel Lokalkolorit und Bezug auf lokales Geschehen. Heute nun wurde dieser Song wieder gegeben, modernisiert und den heutigen Gegebenheiten angepasst. Der neue Sänger hat dem alten Liedermacher, oder besser seinen Erben, über die Suisa Urheberrechtsgebühren entrichtet. Jetzt wird er aber wegen der Anpassungen an die heutigen

Gegebenheiten angeklagt, und zwar nicht etwa zivilrechtlich, sondern strafrechtlich, denn er habe «vorsätzlich und unrechtmässig ein Werk geändert» und damit «ein Verbrechen gegen das Bundesgesetz über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte» begangen. Dafür beantragt der Staatsanwalt eine Strafe von 33300 Franken bedingt und eine Busse von 8300 Franken!

5. Mai

Die Kantonspolizei ist in einer koordinierten Aktion gegen die Zürcher Raserszene vorgegangen. Elf Männer und eine Frau wurden verhaftet. Sie sind zwischen 24 und 40 Jahre alt. Ein Raser im juristischen Sinn ist jemand, der in einer 80er-Zone mehr als 60 Stundenkilometer zu viel fährt. Den Verhafteten werden Geschwindigkeiten von bis zu 287 km/h auf Autobahnen und 200 km/h ausserorts vorgeworfen. Sie lenken Fahrzeuge mit um die 800 PS, die sie mieten oder leasen. Beim Rasen werden all die elektronischen Fahrhilfen ausgeschaltet, die solche Exzesse verhindern würden. Pro Jahr sind im Kanton Zürich zwischen 150 und 200 Personen in Raserdelikte involviert.

Zürich entwickelt sich zu einer eigentlichen Biermetropole! Neben dem bekannten «Turbinenbräu» gibt es ein gutes Dutzend weitere Kleinbrauereien, zum Teil mit angeschlossener Bierschwemme. Jüngster Brauer ist ein Siebzehnjähriger, der Hopfen aus dem Innenhof des Schiffbaus, der Dependance des Schauspielhauses, verarbeitet und sein Bier deshalb «Schiffbrau» nennt. Prost!

7. Mai

Wie sich doch die Zeiten ändern. COOP, in Zürich hiess das damals LVZ (Lebensmittelverein Zürich), Patron war der legendäre Gewerkschafter und sozialdemokratische Nationalrat, Ottili Schütz, war die Detailhandelskette der Linken. Bei der MIGROS einzukaufen, kam nicht in Frage. Und heute verhält sich diese Pseudogenossenschaft wie die übelste Privatfirma! 2014 geriet eine damals noch nicht eingebürgerte Kassiererin in die Fänge von zwei betriebsinternen Sicherheitsleuten, die ihr Diebstahl vorwarfen. Sie habe etwa Fr. 500.00 entwendet. Sie beschuldigten und beschimpften sie auf eine, wie jetzt das Zürcher Obergericht feststellte, «absolut unprofessionelle, unanständige, respektlose und dilettantische» Weise und drohten mit der Polizei. Die Frau befürchtete, ihre Aufenthaltsbewilligung zu verlieren, wenn sie mit der Polizei zu tun bekäme. Sie gestand deshalb die Entwendung von drei Produkten. Darauf wurde sie von COOP fristlos entlassen. Das Strafverfahren gegen die Frau wurde eingestellt, doch COOP beschwerte sich gegen diese Einstellung vor dem Obergericht, scheiterte dort aber. Gescheiter wäre es wohl, wenn COOP ihre Sicherheitsleute anständig ausbilden und auswählen würde. Die Frau erlitt in der Folge eine posttraumatische Belastungsstörung, eine Panikstörung und eine depressive Störung, die sie bis heute zu 100 Prozent arbeitsunfähig und invalid machen. Auch vor dem Obergericht unterlag die Frau nun. Dieses befand, die mehrfache Nötigung und die fahrlässige, schwere Körperverletzung sei nicht rechtsgenügend nachweisbar. Besonders störend ist es, dass die Frau der Gegenpartei, also der COOP, die Anwaltskosten von 14100.00 Franken ersetzen muss. Dazu kommen die eigenen Anwaltskosten und Gerichtsgebühren von rund 13000 Franken.

Von der hier berichteten Klage der Linksparteien und verschiedenen NGOs gegen das Demoverbot im Kanton Zürich liegt das Urteil vor. Mit Mehrheitsbeschluss hat das Verwaltungsgericht die Klage gutgeheissen und das Demoverbot für rechtswidrig erklärt. Die Klage erfolgte zu einer Zeit, da im Freien nur 15 Personen sich treffen durften. Unterdessen sind dies ja 100 Personen. Deshalb glaubt der Regierungsrat, am heute geltenden Zustand nichts ändern zu müssen! Die Praxis habe sich bewährt... Die nächste Klage kommt bestimmt.

10. Mai

Das Kandidatinnen*karussell für den 4. Stadtratssitz der SP kommt wieder in Schwung, allerdings ohne Jacqueline Badran, die in einem Interview ihren Verzicht bekannt gegeben hat.

Die städtische Volksinitiative für einen Pilotversuch im Bereich Grundeinkommen ist mit über 4000 Unterschriften zustande gekommen. 500 Personen sollen während 3 Jahren ein in der Höhe noch nicht bestimmtes Grundeinkommen erhalten. Ihr Verhalten soll von einer universitären Forschungsgruppe begleitet werden. Interessant ist die Zusammensetzung des Initiativkomitees: Neben Personen aus dem politisch linken Spektrum sind auch Leute von der GLP und der FDP mit dabei. Der Stadtrat mit seiner linken Mehrheit ist gegen diese Idee.

Das Dauerthema Corona haben wir bisher so weit wie möglich umgangen Jetzt werden aber die Masentests spruchreif. Ab heute sollen die Schüler*innen von 149 Schulen getestet werden. Gemessen an den rund 800 Schulen im Kanton ist dies nicht sehr viel. Der Lehrer*innenverband ist enttäuscht, dass es nicht mehr sind und dass die Lehrpersonen nicht prioritär geimpft werden, wie dies in anderen Kantonen der Fall ist.

Am 1. Mai durfte man wieder einmal Bekanntschaft machen mit Polizeibeamt*innen, die in ihren Schutzanzügen, den Schildern und Helmen wie schwer bewaffnete Marsmenschen aussehen. Nicht weit vom Helvetiaplatz entfernt hätte man auch eine fast identisch gekleidete und bewaffnete Truppe eines privaten Sicherheitsdienstes sehen könne. Es fehlt ihnen nur die Aufschrift «Polizei» auf dem Rücken. Die Firma OE Investition Services AG gibt vor, eine religiöse Minderheit auf diese martialisches Art schützen zu müssen. Das Gewaltmonopol des Staates erweist sich immer mehr als obsolet. Das Ganze soll sogar legal sein!

Dass Menschen aus sozial benachteiligten Quartieren sich eher mit dem Coronavirus anstecken und häufiger auf der Intensivstation landen und sterben ist heute gesichertes Wissen. Heute wurde eine interessante Studie publiziert. Untersucht wurden Gemeinden im Kanton Zürich mit mehr als 10000 Einwohner*innen. Gemeinden mit hoher Ansteckungszahlen (Inzidenz) wurden Gemeinden mit niedrigen Ansteckungszahlen gegenübergestellt. Errechnet wurde auch der Durchschnitt der untersuchten Gemeinden. Erhoben wurden Anzahl Haushalte mit mehr als 5 Personen, die Maturitätsquote, der Anteil Sozialhilfeempfänger*innen, der Anteil an SVP-Wählerinnen und schliesslich das Medianeinkommen in den Gemeinden. Da sich die SVP immer für eine Aufhebung von Einschränkungen stark macht ist es wahrscheinlich, dass ihre Anhänger*innen es mit den Schutzmassnahmen nicht so genau nehmen. Für Gemeinde mit hoher Ansteckungsrate wurden folgende Zahlen gemessen: Medianeinkommen Fr. 50212.00, Anteil SVP-Wähler*innen 33.1%, Anteil Sozialhilfeempfänger*innen 3.1%, Maturitätsquote 13.7%. Dem gegenüber lauten die Ergebnisse für Gemeinde mit niedriger Ansteckungsrate: Medianeinkommen 57043.00, Anteil SVP-Wähler*innen 27.5%, Anteil Sozialhilfeempfänger*innen 2.6% und die Maturitätsquote 24.5%. Damit ist die Erkenntnis erhärtet, dass auch im Kanton Zürich die benachteiligten Menschen ein höheres Risiko haben, am Virus zu erkranken, auf der Intensivstation zu landen und zu sterben als wohlhabende Menschen.

11. Mai

Der Präsident der kantonalen SVP fordert ein Ende des Kantonalen Demonstrationsverbotes für über 100 Teilnehmende. Das findet auch die Fraktionspräsidentin der freisinnigen Kantonsratsfraktion. Dasselbe gilt für die Präsidentin der Mitte-Fraktion. Dass die Linke schon lange dieses Ende fordert, dürfte hinlänglich bekannt sein. Die Frage stellt sich, wann diese Botschaft beim SP-Sicherheitsdirektor des Regierungsrates ankommen wird.

In Zürich gibt es eine grosse Zahl von Menschen, die durch die Krise aus dem Job geworfen worden sind und sich nicht bei Sozialamt anmelden. Das hat verschiedene Gründe. Zum einen sind es Schweizer*innen, die aus Scham darauf verzichten, zum Zweiten fürchten sich Menschen mit legalem Auf-

enthaltsstatus vor diesem Schritt, da sie befürchten müssen, ihre Aufenthaltsgenehmigung zu verlieren und schliesslich haben die Sans Papier keine Möglichkeit zu diesem Schritt. Der Stadtrat hat jetzt dieses Problem erkannt und will Abhilfe schaffen. Er wird in Zukunft den Organisationen Caritas, Rotes Kreuz, Sans-Papiers-Anlaufstelle SPAZ und Solidara Bargeld zur Verfügung stellen, damit diese den Betroffenen unbürokratisch helfen können. Man hat erkannt, dass beim Hilfsprojekt «Essen für alle», das jeden Samstag gegen 1000 Lebensmittelpakete verteilt, den betroffenen nicht geholfen werden kann, die Miete zu bezahlen. Dazu braucht es ganz einfach Bargeld. Die Stadt hat vorerst 2 Millionen Franken gesprochen. Das hat die NZZ verärgert. Sie moniert: «Das Migrationsrecht gilt auch in Zürich»...

Zwischen Burghölzlihügel und der Lengg befindet sich ein grosses Gesundheitszentrum mit rund 1500 Betten. Rund 9000 Angestellte betreuen jährlich rund 50000 Patient*innen. Die Universitätskliniken für Psychiatrie (Burghölzli) und Orthopädie (Balgrist), mit der Stiftung Epilepsie und den Privatspitälern Hirslanden und Schulthess gehören weiter Kliniken und Heime zu diesem Zentrum. 2022 wird auch das neue Kinderspital hier seinen Neubau beziehen. Bis 2025 wird das Verkehrsaufkommen um rund 30% wachsen (Basis 2015), bis 2040 wird mit einer Verdoppelung gerechnet, gemäss einer Verkehrsstudie des Kantons. Es werden verschiedene Lösungen erwogen, wie die Verlängerung von Tram- und Buslinien ins Gebiet, der Bau einer neuen Tramlinie, ob über oder unterirdisch, eine Verlegung der Forchbahn usw. Im Kantonsrat wurde intensiv gestritten, ist er doch für die Ergänzung im Richtplan zuständig. Während Links-Grün eine Beschränkung des Autoverkehrs in diesem Gebiet fordert, will die bürgerliche Seite eine unterirdische Parkierungsanlage bauen.

Im Pavillon auf dem Platzspitz wurden von einem katholischen Pfarrer gleichgeschlechtliche Paare gesegnet. Zwar hatte die Glaubenskongregation der katholischen Kirche im März dieses Jahres verkündet, Kirchenvertreter seine nicht befugt, gleichgeschlechtliche Paare offiziell zu segnen. Die Segnungen auf dem Platzspitz gehören zur europaweiten Gegenbewegung.

Auf eine Anzeige der COOP hin hat sich die Polizei beeilt, ein besetztes Haus am Zürcher Sihlquai zu stürmen. Sie war mit einem Grossaufgebot vor Ort, fand allerdings keine Besetzer*innen mehr vor. So konnte sie nur noch die zurückgebliebenen Transparente entfernen. COOP hat die gelehrten Wohnungen der Firma Intermezzo vermietet, die diese, gemäss Vormietenden, zu «Wucherpreisen zur Zwischennutzung» anbietet.

12. Mai

Anfangs April waren sie noch zu Sechst, die Stadtratskandidatinnen der SP. Unterdessen sind vier davon ausgeschieden, übrig bleiben noch zwei. Es sind dies die Gemeinderätin Simone Brander und die ehemalige Fraktionspräsidentin im Gemeinderat und heutige Nationalrätin Min Li Marti. Entscheiden wird eine Delegiertenversammlung der SP am 26. August.

Gemäss einer Studie des Sozialforschungsinstitutes Sotomoto, das 1677 Personen befragte, gaben drei Viertel der sich als nicht heterosexuell bezeichnenden Personen an, schon im öffentlichen Raum belästigt worden zu sein. Es geht dabei um Belästigungen, die das Geschlecht oder die sexuelle Orientierung betreffen. Bei den heterosexuellen Personen waren es jede zweite. Besonders häufig waren dies jung Frauen. Der Zürcher Stadtrat hat jetzt das Projekt «Zürich schaut hin – gemeinsam gegen Sexismus, Homo- und Transphobie» lanciert. Betroffenen können ab sofort Belästigungen und Übergriffe unkompliziert und anonym melden. Die Stadt hat für ein neues Online-Meldetool geschaffen. Diese Meldungen haben nicht sofort eine Polizeiaktion zur Folge. Im Rahmen des Projektes plant die Stadt Sensibilisierungskampagnen mit Plakaten und Aktionen im öffentlichen und im virtuellen Raum. Über die Auswertung der Meldungen und der sich als Folge daraus allenfalls zu ergreifenden Massnahmen bestehen noch keine konkreten Pläne.

14. Mai

Die Kreisverkehr-Linie um die Stadt herum wurde bisher per Bus bestritten. Nun taucht ein Projekt auf, das für diesen Zweck eine Tramlinie vorsieht. Die neue Tramlinie würde vom Bahnhof Enge über die Haltestelle Hubertus zum Bahnhof Altstetten führen, dann über die Europabrücke und per Tunnel durch den Hönningerberg zur Haltestelle Glaubtenstrasse, von dort zum Bahnhof Oerlikon und schliesslich zum Bahnhof Stettbach. Im Hönningerbergtunnel sind zwei unterirdische Haltestellen vorgesehen, die eine unter dem Meierhofplatz, die andere unter der ETH-Hönningerberg. Per Lift würden die beiden unterirdischen Stationen mit den darüber liegenden Orten verbunden. Der Bau dieses Ringsystems wird mit 2 Milliarden Franken veranschlagt, verteilt auf rund 30 Jahre.

Und hier gleich noch ein ÖV-Projekt. Die beiden S-Bahn-Linien 29 und 33 führen fast parallel von Schaffhausen beziehungsweise Stein am Rhein nach Winterthur. Nun musste die S 29 eingestellt werden, da die Eisenbahnbrücke bei Ossingen aus dem Jahre 1875 gefährdet ist und saniert werden muss. Die Idee wäre nun, eine Verbindungsschleife zwischen den beiden Linien zu schaffen, also eine Neubaustrecke von Ossingen nach Kleinandelfingen zu realisieren. Die Realisierungschancen dieses Projektes sind klein, wäre doch mit einem Investitionsbetrag von über 70 Millionen Franken zu rechnen.

Die vorberatende Kommission des Gemeinderates spricht sich mit 7 : 6 Stimmen für die Lancierung eines Pilotprojektes aus, das wissenschaftlich begleitet werden soll und vorsieht, vorerst 34 Polizist*innen mit Körperkameras zu versehen. Ausdrücklich nicht eingesetzt sollen diese Kameras bei unbewilligten Demonstrationen oder Krawallen, auch ist eine Verknüpfung der Aufnahmen mit Gesichtserkennungssoftware verboten. FDP und Grünliberale sowie Teile der SP sind für die Vorlage, SVP (Kosten!), Grüne, AL und Teile der SP sind dagegen. Im Rat dürfte es knapp werden.

Am Tag vor der Auffahrt fand im Theatersaal des Volkshauses der Prozess gegen neun Klimaaktivist*innen aus der Westschweiz statt, die am 8. Juli 2019 den Eingang zum Hauptsitz der Crédit Suisse am Paradeplatz blockierten. Sie werden der Nötigung und teilweise auch des Hausfriedensbruchs angeklagt. Die Verteidigung weist auf den rechtfertigenden Notstand hin. Es bestehe kein Zweifel, dass durch den Klimawandel Rechtsgüter wie das Leben oder die Gesundheit verletzt würden. Die Mitverantwortung der Bank am Klimawandel sei erwiesen. Das Urteil wird heute Freitag bekannt gegeben.

Zum Internationalen Tag der Pflege führte ein Demonstrationzug des Gesundheitspersonals vom Bürkliplatz zum Platzspitz. Gefordert wurden bessere Arbeitsbedingungen.

Neuer Präsident des Gewerkschaftsbundes des Kantons Zürich (GBKZ) ist der Co-Leiter der Unia Zürich-Schaffhausen. Er tritt die Nachfolge des AL Kantonsrates an, der dieses Amt während der letzten 8 Jahre innehatte.

15. Mai

Wie zu erwarten war verurteilte der Einzelrichter des Bezirksgerichtes Zürich die 9 Klimaaktivist*innen wegen Nötigung sowie in acht Fällen des Hausfriedensbruchs schuldig. Beim Strafmass ging der Richter allerdings wesentlich unter die vom Staatsanwalt geforderten Bussgelder. Er verurteilte die Angeklagten zu 40 Tagessätzen zu 10 Franken bedingt, gefordert hatte der Staatsanwalt 90 Tagessätze zu Fr. 30.00, auch bedingt. Ein Anwalt der Angeklagten kündigte bereits Berufung an. Die Gruppe Collective Climate Justice wies in einer Stellungnahme zum Urteil darauf hin, dass sie seit über zehn Jahren demonstrierten, dass dies aber nichts bewirkt habe. Die Crédit Suisse habe in Sachen fossile Investitionen auch 2020 zu den Top fünf der europäischen Banken gehört. In einem deckungsgleichen Fall hatte der Einzelrichter in Lausanne die Angeklagten freigesprochen, das

waadtländer Obergericht sprach eine Verurteilung aus, der Fall ist jetzt vor dem Bundesgericht hängig.

Die SKOS (Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe) ist eine Organisation, der fast alle Gemeinden und Städte angehören. Als Fachverband kümmert sich die SKOS um die Entwicklung der Sozialhilfe und legt auch Tarife für die auszahlende Sozialhilfe fest. Vor acht Jahren verkündete die Stadt Dübendorf den Austritt aus der SKOS. Die Sozialvorsteherin von Dübendorf, eine SVP-Kantonsrätin, wollte Geld sparen, da der Verband jegliche Realität zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation verloren habe. Den Boden unter den Füßen verloren hat aber eher diese SVP-Frau, der der Gesamtstadtrat das Sozialdossier entziehen musste, weil zahlreiche Missstände im Sozialdepartement offenkundig wurden. Unterdessen ist eine externe Untersuchung abgeschlossen, ein Abteilungsleiter sanktioniert und die SVP-Dame wieder in ihrem Amt. Jetzt hat Dübendorf beschlossen, der SKOS wieder beizutreten.